

L1 Leitantrag - Zeitenwende - Was Thüringen jetzt tun muss

Gremium: LaVo
Beschlussdatum: 22.05.2022
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge
Status: Modifiziert

Antragstext

1 Wir leben in einer Zeit der multiplen Krisen. Der aggressive Angriffskrieg von
2 Russland gegen die Ukraine bedeutet eine Zeitenwende in Europa und Deutschland.
3 Seit dem 24.02.2022 ist Frieden in Europa kein Normalzustand mehr. Der Krieg ist
4 zurückgekehrt mit weitreichenden Konsequenzen auf unser aller Leben, auf alle
5 Felder der Politik. Auch wenn Corona gerade etwas weniger aggressiv und damit
6 weniger im Bewusstsein ist, ist diese gesamtgesellschaftliche Herausforderung
7 nicht vorbei. Und diese dramatischen Herausforderungen finden in einem Zeitalter
8 statt, in dem die durch uns Menschen verursachte Klimakrise und Artensterben
9 manchmal kaum merklich, aber unaufhaltsam dabei sind, die Lebensgrundlage auf
10 unserem Planeten zu zerstören.

11
12 Seit dem 24.02. stehen nun alle politischen Entscheidungen unter dem Eindruck
13 des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine. Dieser Krieg hat bereits
14 tausende Tote gefordert, Millionen müssen vor Tod und Folter aus ihrer Heimat
15 fliehen, ein Ende ist nicht abzusehen. Er stellt einen eklatanten Bruch des
16 Völkerrechts dar, ist ein Angriff auf das Selbstbestimmungsrecht, auf die
17 Demokratie und auf die Menschenrechte. Die Kriegsverbrechen von Butscha und
18 Irpin beweisen, wie brutal, rücksichtslos und maßlos Putin seinen völkisch-
19 faschistischen Imperialismus durchsetzen will. Der Ukraine muss deshalb jede
20 Hilfe zur Selbstverteidigung ermöglicht werden. Wir unterstützen deshalb
21 ausdrücklich die klare, wertorientierte und bündnisorientierte Außenpolitik von
22 Annalena Baerbock ebenso wie die umfassenden Wirtschafts- und Finanzsanktionen
23 gegen Russland. Wir unterstützen die Bemühungen der Bundesregierung, allen voran
24 von Robert Habeck, möglichst schnell unabhängig von Kohle, Öl und Gas aus
25 Russland zu werden und die Energiewende unter Hochdruck voranzutreiben. Wir
26 können es uns nicht erlauben, uns wieder von den fossilen Rohstoffimporten
27 anderer Länder abhängig zu machen. Außerdem unterstützen wir alle Mittel für
28 humanitäre Hilfe vor Ort. Der Krieg wird aber nicht nur gegen die Ukraine
29 geführt, er ist auch ein Krieg gegen die Länder dieser Welt, die auf
30 Lebensmittelimporte angewiesen sind. Auch hier unterstützen wir ausdrücklich die
31 Bemühungen von Umweltministerin Steffi Lemke und Landwirtschaftsminister Cem
32 Özdemir internationale Koalitionen zur Bekämpfung der entstehenden Hungerkrise
33 zu schmieden und die europäische Lebensmittelpolitik an den Engpässen durch den
34 Nahrungskrieg von Putin auszurichten und dabei vor allem auch die materiell
35 weniger wohlhabenden Länder mitzudenken.

Waffenlieferung ohne Aufrüstungsspirale

36
37
38 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind in Thüringen eine Partei, die aus der Umwelt und
39 Friedensbewegung innerhalb der DDR, die aus den Bürgerbewegungen der friedlichen

40 Revolution entstand. Dabei stand der Gedanke einer aktiven Friedenspolitik, die
41 das Ziel einer (Atom-)waffenfreien Welt im Blick hat, immer im Zentrum. Die
42 Entscheidung nun in eine Krisenregion Waffen aller Art zu schicken, stellt uns
43 vor schwierige Gewissensentscheidungen. Auch wenn wir angesichts der Lage in der
44 Ukraine mehrheitlich zu dieser Entscheidung gelangen, stellt es für viele von
45 uns eine Zumutung dar. Klar ist, dass wir diese Situation keinesfalls als
46 Blaupause verstehen und damit eine völlige Abkehr von unserer bisherigen
47 Friedenspolitik eingeleitet wird. Vielmehr wird durch diese Situation klar, wie
48 wichtig eine wertegeleitete, nicht nur an Handels- und Territorialinteressen
49 orientierte Außenpolitik ist. Und wir wissen, welchen wichtigen Anteil für
50 Friedensprozesse die Auseinandersetzung und die Wertschätzung des Pazifismus in
51 seinen verschiedenen Erscheinungsformen spielt. Klar ist auch, dass die
52 Vernachlässigung von aufmerksamer und kluger Abrüstungspolitik bei nachlassender
53 Wehrhaftigkeit unserer Bündnisse keine guten Ergebnisse bringen. So stehen wir
54 dazu der Ukraine alles das zu liefern, was sie braucht, um ihr Land effektiv zu
55 verteidigen, da die Situation hier im Gegensatz zu den meisten Krisen und
56 Konflikten so klar und eindeutig ist. Russland als militärische Großmacht
57 überfällt völkerrechtswidrig, getrieben von einer imperialen nationalistischen
58 Ideologie, einen kleineren Nachbarn mit dem (ursprünglichen) Ziel, dessen
59 Existenz auszulöschen. Die Ukraine als souveräner, demokratischer Staat nimmt
60 lediglich ihr Selbstverteidigungsrecht wahr. Ein Ausbleiben der Unterstützung
61 würde global einen gefährlichen Präzedenzfall schaffen, der völkerrechtliche
62 Prinzipien aushebelt und anderen Großmächten als Vorbild dienen kann, in ein
63 anderes schwächeres Land einzumarschieren. Auch für die Sicherheitslage in
64 Europa wäre ein russischer Sieg in diesem Krieg fatal.

65
66 Auf der anderen Seite ist jedoch klar, dass es nicht zu einer Aufrüstungsspirale
67 kommen darf. Deshalb stehen wir dem 100MRD Sondervermögen kritisch gegenüber.
68 Wir müssen zwar feststellen, dass die Bundeswehr in einem schlechtem Zustand
69 ist. Für uns ist klar, dass unsere Bundeswehr in der Lage sein muss ihren
70 Beitrag zur Landes- und Bündnisverteidigung wahrzunehmen. Die Vergangenheit hat
71 allerdings gezeigt, dass pauschale Geldbeträge nicht weiterhelfen. Die
72 Finanzierung der Bundeswehr ist in den letzten Jahren massiv gestiegen.
73 Deutschland gibt bereits jetzt im internationalen und europäischen Vergleich
74 enorme Summen für Rüstung aus. Eine deutliche Verbesserung der Bundeswehr, der
75 Ausstattung und der Handlungsfähigkeit blieb allerdings aus. Es muss daher
76 sichergestellt werden, dass weder Sondervermögen noch ein höherer Wehretat in
77 komplizierten Beschaffungssystemen oder teuren Beraterverträgen versickert.
78 Daher müssen zuerst die Beschaffungsstrukturen der Bundeswehr massiv reformiert
79 werden. Für die nötigen Investitionen braucht es einen dezidierten Plan, um die
80 notwendige Ausrüstung klug anzugehen. Außerdem muss es mehr Investitionen in
81 Katastrophenschutz und Cybersicherheit geben, die sind bei einer notwendigen
82 Ausstattung zur Landesverteidigung ebenfalls so essenziell wie eine gut
83 ausgestattete Bundeswehr.

84 **Solidarität mit den Geflüchteten - Integration jetzt vorantreiben**

85
86 Etwa 17.000 Menschen aus der Ukraine haben bis Mitte Mai in Thüringen Zuflucht
87 gefunden, größtenteils Ältere, Frauen und Kinder, und es ist wahrscheinlich,
88 dass es noch deutlich mehr werden. Die von Anfang an große Hilfsbereitschaft der
89 Thüringerinnen und Thüringer war und ist überwältigend.

90

91 Doch leider stellen wir fest, dass die Hilfsbereitschaft, aber auch die
92 Flexibilität der Behörden nicht allen Geflüchteten gegenüber gleich groß ist.
93 Bundestag und Bundesrat haben für alle ukrainischen Geflüchteten den Wechsel vom
94 Asylbewerberleistungsgesetz in das Sozialgesetzbuch beschlossen. Das ist ein
95 wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Er darf aber nicht zu geflüchteten
96 Menschen 1. oder 2. Ordnung führen. Geflüchtete aus anderen Ländern haben immer
97 wieder mit starken alltäglichen Rassismen, geringerer finanzieller Unterstützung
98 und höheren Hürden beispielsweise bei der Anerkennung ihrer Berufsabschlüsse zu
99 kämpfen. Dabei verdienen alle Geflüchteten gleichermaßen bestmögliche
100 Unterstützung. Das Ziel muss sein, die Größzügigkeit im behördlichen Umgang mit
101 den Ukrainegeflüchteten auf alle Geflüchteten auszuweiten und schnelle,
102 dezentrale Unterbringung, sofortige Arbeitserlaubnis und Bildungs- und
103 Integrationsangeboten von Anfang an für alle zu ermöglichen.

104
105 Durch gemeinsame Anstrengungen von Bund, Land, Kommunen und Ehrenamtlichen sind
106 viele ukrainische Geflüchtete inzwischen gut in Thüringen angekommen. Das wurde
107 auch durch den Strukturaufbau aufgrund der Erfahrungen der Jahre 2014/2015
108 möglich. Leider zeigt sich jetzt aber, dass die Kommunen noch nicht ausreichend
109 darauf vorbereitet sind, in kurzer Zeit viele Geflüchtete aufzunehmen. Mehr als
110 die Hälfte der ukrainischen Geflüchteten sind bei Verwandten, Freunden oder bei
111 Privatpersonen untergekommen. An vielen Orten kümmern sich Ehrenamtliche,
112 Landsleute, Tafeln, zivilgesellschaftliche Initiativen, Religionsgemeinschaften
113 oder Vereine um die Lebensmittelversorgung, die Vermittlung von Wohnraum, die
114 Beschaffung wichtiger Medikamente oder das Dolmetschen bei Behördengängen. Die
115 Ehrenamtlichen haben damit vor allem in den ersten Wochen bei der Aufnahme und
116 Versorgung von Geflüchteten einen unschätzbaren Dienst erwiesen. Ehrenamtliches
117 Engagement kann jedoch funktionierende staatliche Strukturen nicht dauerhaft
118 ersetzen. Daher müssen wir nun alles daran setzen, die ehrenamtliche Arbeit mit
119 den Geflüchteten finanziell besser zu unterstützen und in möglichst
120 professionelle Strukturen zu überführen. Kommunen müssen sich vor dem
121 Hintergrund der aktuellen Erfahrungen fit machen, um in Zukunft auf hohe Zahlen
122 von Geflüchteten besser vorbereitet zu sein. So braucht es Notfallpläne für
123 große Fluchtbewegungen, schnellere Registrierungsverfahren, kommunale
124 Integrationskonzepte, eine Personalreserve in den Verwaltungen und kurzfristig
125 einzusetzende Freiwilligen- und Ehrenamtskoordinator*innen.

126
127 Niemand kann derzeit sagen, wie lange die ukrainischen Geflüchteten bei uns
128 bleiben werden. Trotzdem müssen nun die Bemühungen darauf fokussiert sein, die
129 Integration voranzubringen. Der Bund ist seinerseits aufgefordert, die Länder
130 und Kommunen verlässlich finanziell zu unterstützen und die Mittel für die
131 Integrationskurse, die Migrationsberatung aber auch die psychosoziale Beratung
132 deutlich auszubauen. Darüberhinaus sind die vielen Integrationsangebote der
133 vielfältigen Trägerlandschaft im Land wichtig. Sie brauchen dringend Sicherheit
134 für die Finanzierung ihrer Projekte. Diese wird durch die von der CDU erzwungene
135 globale Minderausgabe erschwert. Der Migrationsetat des Landes muss daher in der
136 aktuellen Situation über einen Nachtragshaushalt oder ein Sondervermögen von der
137 globalen Minderausgabe befreit werden. Durch ein Integrationsfördergesetz wollen
138 wir die Finanzierung dieser Projekte langfristig sicherstellen.

139
140 Vor allem die ukrainischen Kinder und Jugendliche müssen nun zur
141 Traumabewältigung und Integration schnell in die Kindergärten und Schulen
142 aufgenommen werden. Das stellt die Kommunen vor besondere Herausforderungen, die

143 vielerorts schon volle Schulen und Kindergärten haben. Es braucht dazu eine
144 Ausweitung der Rahmenkapazitäten der Kindergärten und zusätzliches Personal. Die
145 Sprachförderung in "Deutsch als Zweitsprache" und die muttersprachliche Bildung
146 müssen ausgebaut werden. Gleichzeitig gilt es, durch vereinfachte
147 Anerkennungsverfahren den Einsatz ukrainischer Erzieher*innen und Lehrkräfte
148 einfacher zu ermöglichen. Den ukrainischen Kindern und Jugendlichen soll zudem
149 die Gelegenheit gegeben werden, ergänzend am ukrainischen Onlineunterricht
150 teilzunehmen.

151
152 Migration, Integration und die Aufnahme von Geflüchteten ist kein temporäres
153 Projekt, sondern in einer globalisierten Welt eine Daueraufgabe. Um dieser
154 Aufgabe zukunftsorientiert in hoher Qualität gerecht zu werden braucht Thüringen
155 ein eigenes Landesamt für Migration, das dem fachlich zuständigen Ministerium
156 zugeordnet ist. Wir wollen die rechtlichen, personellen und sächlichen
157 Grundlagen für dieses Amt schaffen. Dann können auch die dringend nötigen
158 Verbesserungen in den Erstaufnahmestellen des Landes ermöglicht werden, damit
159 schutzsuchende Menschen würdevoll in unserem Land ankommen können.

160 161 **Energiewende bedeutet Energiesicherheit**

162
163 Der Krieg gegen die Ukraine und die damit verbundenen Implikationen hat eine
164 Bewusstsein für die Notwendigkeit einer schnellen Energiewende geschaffen. Aber
165 auch der neueste IPCC-Report sagt für Thüringen massive Auswirkungen der
166 Klimakrise vorher, u. a. Trockenheit, Hitzewellen und Ernteauffälle, welche die
167 Wasser- und Nahrungsmittelversorgung bedrohen - wir brauchen eine sichere,
168 günstige und saubere Energieversorgung! Deshalb müssen und wollen wir eine
169 Aufbruchstimmung erzeugen! Zusammen mit dem Handwerk und der Industrie, zusammen
170 mit den Kommunen, Stadtwerken und Bürgerinitiativen wollen wir Initiativen zur
171 schnelleren Umsetzung der Energiewende entwickeln. Dazu ist eine sofortige,
172 stärkere und dauerhafte Schwerpunktsetzung im Landeshaushalt auf Energiewende,
173 Energieeffizienz und Klimaschutz dringend notwendig.

174
175 Es rächt sich, dass die Große Koalition Deutschland ohne Not immer weiter in
176 eine energiepolitische Abhängigkeit von Russland getrieben haben. Bündnis90/die
177 Grünen haben fortlaufend vor dieser Entwicklung gewarnt, haben Nordstream II
178 nicht nur aus Gründen des Klimaschutzes, sondern auch wegen der geostrategischen
179 Gefahr entschieden abgelehnt.

180 Treiber der hohen Preise in allen Bereichen, auch in der Nahrungsmittelindustrie
181 sind die teuren fossilen Energien, ist die fossile Inflation. Sie belastet vor
182 allem Menschen mit geringem Einkommen. Durch die Abhängigkeit von Russland,
183 künstliche Verknappung durch fossile Konzerne und Spekulationen schießen die
184 Preise in die Höhe. Sie sorgen für Rekordgewinne bei Öl-, Gas- und
185 Kohlekonzernen und finanzieren zusätzlich unerträglicherweise Putins Krieg. Die
186 Folgen dieser fehlgeleiteten Politik, die Folgen des Energiekrieges und des
187 Nahrungsmittelkrieges sind auch sehr deutlich in Thüringen zu spüren.

188 Deshalb gilt es, Importmengen fossiler Energieträger besonders aus russischen
189 Quellen so schnell wie möglich durch andere Importquellen zu ersetzen bzw. den
190 Verbrauch zu reduzieren, sowie Sondergewinnsteuern auf die Krisenprofite der
191 fossilen Wirtschaft einzuführen, mit denen eine echte Entlastung der
192 Bürger*innen finanziert werden kann. Mittel- und langfristig aber muss alle
193 Energie aus erneuerbaren Quellen, wie Sonne, Wind und Wasser gewonnen werden.

194 Thüringen zahlt jedes Jahr 2 Mrd. Euro für ausländische Energieimporte, die viel
195 besser in regionale Wertschöpfungsketten investiert wären.

196 *Weg vom Erdgas*

197
198 Erdgas deckt ca. 26 Prozent des kompletten Energiebedarfs in Deutschland. Nahezu
199 die gesamte verbrauchte Erdgasmenge in Deutschland wird importiert, davon
200 zuletzt rund 55 Prozent aus Russland. Eine schnelle Diversifizierung der
201 Gasversorgung ist notwendig. Dazu braucht es eine gezielte gemeinsame
202 Anstrengung der europäischen Gemeinschaft. Wir sehen die derzeitigen
203 Anstrengungen sofort LNG-Terminals in Deutschland zu errichten sehr kritisch,
204 erkennen jedoch an, dass diese notwendig sind, um der Abhängigkeit von
205 russischem Erdgas zu entkommen. Sie müssen jedoch H2-ready konstruiert sein,
206 sodass die Umstellung auf grünen Wasserstoff einfach möglich ist, um bis
207 spätestens 2035 vollständig aus der Nutzung von fossilem Gas auszusteigen. Der
208 Aufbau neuer Gasinfrastrukturen darf auf keinen Fall dazu führen, dass neue
209 langfristige Importabhängigkeiten von fossilen Rohstoffen geschaffen werden.

210 Biogas sollte, auch wenn es in Thüringen schon weitgehend ausgereizt ist, dennoch
211 aufmerksam evaluiert werden. Wir begrüßen es, dass tagesaktuell
212 branchenbezogene Analysen zu den Auswirkungen der aktuellen Lage am Gasmarkt auf
213 Thüringer Unternehmen sowie Einrichtungen der Daseinsvorsorge erarbeitet werden.
214 Für einen regionalen Ausgleich bei möglichen Engpässen halten wir
215 kontinuierliche Energiedialoge und Notfallpläne für sinnvoll.

216 217 *Weg vom Öl*

218
219 Dank der Anstrengungen von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ist die
220 Importabhängigkeit in kürzester Zeit von russischem Öl von 35% auf nunmehr 12%
221 gesunken. Wir begrüßen den von der EU-Kommission vorgeschlagenen Importstopp.
222 Gerade vor dem Hintergrund der stark von russischen Öllieferungen abhängige
223 Wirtschaft Thüringens unterstützen wir die aktuellen Bemühungen der
224 Bundesregierung um alternative Lieferbeziehungen, etwa über die Häfen Rostock
225 und Gdańsk/Danzig. Zur Reduktion des Treibstoffverbrauchs setzen wir uns für ein
226 Tempolimit, autofreie Tage sowie die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs auf
227 fossil angetriebene Fahrzeuge ein. Der private und öffentliche Fahrzeugbestand
228 muss zügig weiter elektrifiziert und das Angebot insbesondere im ländlichen Raum
229 durch bessere Taktungen (Mibilitätsgarantie) ausgebaut werden. Das 9-Euro-Ticket
230 sollte schnell evaluiert und möglichst verstetigt werden. Zur Steigerung der
231 Attraktivität des Radverkehrs sollten schnell und unbürokratisch neue Radwege
232 und -streifen errichtet und Bike-and-Ride-Stellplätze an den Bahnhöfen und
233 Haltepunkten eingerichtet werden. Bei finanziellen Unterstützungsmaßnahmen für
234 Privathaushalte ist vor allem auf eine zielgerichtete Entlastung niedriger
235 Einkommen durch zu achten. Finanzielle Hilfen nach dem Gießkannenprinzip halten
236 wir hingegen für falsch. Einsparungen und Effizienzsteigerung haben ein noch
237 immer ungeheures Potential. Die Förderung von Initiativen zur Steigerung der
238 Energieeffizienz in Unternehmen, beispielsweise durch Einführung von
239 Energiemanagementsystemen, wollen wir verstärken. Besonderes Potenzial
240 hinsichtlich der Einspar- und Effizienzeffekte haben auch gesetzliche
241 Anpassungen im Gebäudesektor. Die Mindeststandards im Gebäudebestand und im
242 Neubau sowie die Anforderungen an die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung
243 müssen mit dem 1,5-Grad-Pfad in Einklang gebracht werden. Ebenso müssen
244 energetische Sanierungen von Bestandsgebäuden und der Einbau von Wärmepumpen

245 stärker finanziell gefördert werden, im Zweifel auch durch eine entsprechende
246 Erweiterung des Landesförderprogramms Wärmelvest. All diese Maßnahmen müssen
247 mit sozialen Ausgleichsmaßnahmen flankiert werden.

248

249 *Hin zu Erneuerbaren Energien*

250

251 Wir unterstützen die von der Bundesregierung formulierten Ausbauziele und wollen
252 auch in Thüringen die davon abgeleiteten Flächenziele für Erneuerbare Energien
253 umsetzen. Dies ist zur Standortsicherung der Thüringer Industrie unerlässlich.

254

255 - Windkraft -

256

257 Die Windkraft macht uns unabhängiger von Energieimporten und steigert die
258 Versorgungssicherheit Thüringens, Sie liefert in Thüringen günstig und
259 umweltfreundlich Energie, schafft vor Ort Arbeitsplätze, Wertschöpfung und
260 Infrastruktur. Sie lässt sich über Wärmepumpen, Straßenbahnen, Züge und E-Busse
261 auch zum Heizen und im Verkehr nutzen. Sie bringt z.B. über die Flächenpacht,
262 die Gewerbesteuer oder direkte Zahlungen der Betreiber nach dem EEG Einnahmen
263 für die kommunalen Haushalte, kann mit Bürgerbeteiligung ausgebaut werden, ist
264 rückstandslos rückbaubar und erzeugt keine Altlasten.

265 Der Windenergieausbau kommt aber bisher in Thüringen nicht voran, weil zu wenige
266 Flächen bereitgestellt werden. Dabei gibt es noch viele geeignete Standorte, an
267 denen Windenergieanlagen natur- und sozialverträglich errichtet werden können.
268 Eine "Verhinderungsplanung" kann sich Thüringen finanziell und ökologisch nicht
269 länger leisten. Deshalb fordern wir die Ausweisung von Vorranggebiete für
270 Windenergie auf 2% der Flächen in ganz Thüringen, analog zur neuen Zielsetzung
271 auf Bundesebene und die Abschaffung aller pauschalen Mindestabstände zu
272 Windenergieanlagen. Die neuen Regelungen, die mit dem Sommerpaket im
273 Planungsrecht bei Windenergieanlagen kommen werden, müssen möglichst schnell in
274 die Praxis der Regionalpläne umgesetzt werden.

275 Wir brauchen das Bekenntnis der Landkreise und Kommunen zur Unterstützung bei
276 der Errichtung neuer Windkraftanlagen und Repowering von Windenergieanlagen an
277 alten Standorten – zur Verantwortung für die Daseinsvorsorge in Thüringen. Wir
278 unterstützen besonders Bürgerwindparks sowie solche Projektierer, die nach dem
279 Siegel "Faire Windenergie Thüringen" arbeiten. Eine stärkere Einbindung der
280 Bürger*innen vor Ort bei der Planung neuer Windkraftstandorte verbessert die
281 Akzeptanz, stärkt die Demokratie und beschleunigt die Fertigstellung.

282

283 Der Thüringer Wald ist krank, darunter leiden die Artenvielfalt und das
284 Binnenklima. Der Wald als wichtiger CO2 Speicher fällt mehr und mehr aus. Auch
285 die Forst- und Holzindustrie gerät dadurch in enorme Schwierigkeiten. Der Umbau
286 des Waldes hin zur Klimaresilienz ist eine Generationenaufgabe. Der gezielte und
287 kluge Ausbau von Windkraftanlagen im Wald kann helfen die ökonomischen Folgen
288 für die Waldbesitzer abzufedern und zur Energiewende beizutragen. Deshalb ist
289 das Verbot von Windenergieanlagen im Wald für die heimische Wirtschaft, für den
290 Wald selbst äussert schädlich und gehört sofort abgeschafft.

291

292 - Photovoltaik -

293

294 Die schnelle Abrufung von Solarinvest zeigt wie groß das Potenzial für
295 Solaranlagen in Thüringen ist. Deshalb wollen wir die Förderung weiterentwickeln

296 und das Solardach zum neuen Standard machen. Die Kommunen und kommunalen
297 Unternehmen, aber auch die Landesregierung mit ihrer Vorbildwirkung sollen
298 vorgehen und schnell Solaranlagen auf allen verfügbaren Dächer zu
299 installieren. Außerdem braucht es einen konstruktiven Dialog mit dem
300 Denkmalschutz. Mit gutem Willen und Phantasie können so aus Gegenspieler*innen
301 Partner*innen werden. Auch die ungenutzten Potentiale von Flächen wie
302 Randstreifen von Straßen, Parkplätzen, Deponien und unproduktiver Grünfläche
303 sollen vermehrt genutzt werden.

304
305 - Wärmewende ist dezentral -
306
307 Die Wärmewende ist ein nicht zu unterschätzender Baustein hin zur Unabhängigkeit
308 von fossilen Energieträgern. Hier sind vor allem die Stadtwerke im Land gefragt,
309 die Wärmeversorgung umzustellen und stärker auf Biomasseanlagen, industrielle
310 Abwärme, Solarthermie und Geothermie zu setzen. Kommunen wollen wir stärker
311 darin unterstützen, lokale Wärmeanalysen und darauf aufbauend Wärmekonzepte zu
312 erstellen und damit den Schritt Richtung erneuerbare Wärmeversorgung zu machen.
313 Wir wollen darüber hinaus das Förderprogramm WärmeInvest weiterentwickeln, um
314 auch den Umbau der Wärmeversorgung von Gebäuden auf Wärmepumpen oder Geothermie
315 zu fördern.